

# Sächsische Zeitung

## Landeszeitung für die Provinz Sachsen.

№r. 100.

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 194.

Zweite Ausgabe

Donnerstag, 28. Februar 1901.

### Der Nachtragsetat aus Anlaß der Expedition nach Ostasien.

Dem Bundesrat ist ein Nachtrag zum Reichshaushalts-Gesetz für das Rechnungsjahr 1901 zugegangen. In fortgesetzten Anträgen werden gefordert 2 902 738 Mark, an einmaligen, und zwar: Aus Anlaß der Expedition nach Ostasien 120 682 000 Mark. Zur Erläuterung dieser letzteren Forderung wird gefolgt:

In den Zielen, welche das Reich mit seinem militärischen Vorgehen in China verfolgt und welche in der Denkschrift zum dritten Nachtragsetat dargelegt sind, hat sich nichts geändert. Das kaiserliche Eingreifen der Mächte hat die Lage in China, wenn auch langsam, so doch mehr und mehr geändert. Mit dem deutschen Oberbefehl kam Einseitigkeit in die militärischen Operationen der verfeindeten Kontingente. Die militärischen Vorfälle sind nicht abgeblieben, größere militärische Unternehmungen über das besetzte Gebiet hinaus werden voraussichtlich nicht mehr erforderlich sein und nur noch kleinere Verüßungsstreifzüge innerhalb jenes Gebietes in Frage kommen. Unter dem Einfluß des gemeinsamen militärischen wie politischen Vorgehens der Mächte hat die chinesische Regierung die von den diplomatischen Vertretern in Peking in einer Note zusammengefaßten und von allen Mächten für unerlässlich erklärten Friedensbedingungen ohne Vorbehalt angenommen und zu einzelnen Punkten „Wändliche“ geäußert. Eine befriedigende Beendigung der chinesischen Kriegen erscheint nunmehr als gesicherter, wenn sich auch über den Zeitpunkt, bis zu welchem das Ziel erreicht sein wird, eine bestimmte Voraussage noch nicht machen läßt. Die weiteren Verhandlungen werden sich mit Einzelfragen, namentlich mit der von China zu leistenden Entschädigung und den dafür zu treffenden finanziellen Veranlassungen zu beschäftigen haben. Da es, um die chinesische Regierung zum Einigen auf eine befriedigende Regelung zu nötigen, eines militärischen Druckes bedarf, ist die unvermeidliche Belastung der in China vorhandenen deutschen Streitkräfte, auf die noch unerlässliche Anwesenheit der in Ostasien eingesetzten deutschen Expeditionstruppen, bis zu welchem das Ziel erreicht sein wird, eine bestimmte Voraussage noch nicht machen läßt. Die weiteren Verhandlungen werden sich mit Einzelfragen, namentlich mit der von China zu leistenden Entschädigung und den dafür zu treffenden finanziellen Veranlassungen zu beschäftigen haben. Da es, um die chinesische Regierung zum Einigen auf eine befriedigende Regelung zu nötigen, eines militärischen Druckes bedarf, ist die unvermeidliche Belastung der in China vorhandenen deutschen Streitkräfte, auf die noch unerlässliche Anwesenheit der in Ostasien eingesetzten deutschen Expeditionstruppen, bis zu welchem das Ziel erreicht sein wird, eine bestimmte Voraussage noch nicht machen läßt.

Bei der Verwaltung des Reichsgebietes	100 200 000 Mk.
Bei der Kaiserlichen Marine	17 500 000 "
Bei der Post- und Telegraphen-Verwaltung	1 285 000 "
Besondere Wägen und Abgaben	437 000 "
Kosten einer Denkmünze für die Teilnehmer an der Expedition	160 000 "
Unterstützung hilfsbedürftiger Familien von Theilnehmern	700 000 "
Für Kabel-Verbindungen zwischen Peking und Ostasien und zwischen Peking und Schanghai	400 000 "
Zusammen	120 682 000 Mk.

Von den übrigen Forderungen des Nachtragsetats sind noch zu erwähnen 163 500 Mk. zum Ankauf eines Gebäudes für die Gesandtschaft in Peking; zur Erweiterung der Dienstwohnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes 95 000 Mk.; zur Gewährung von Ehrenrenten in China an die gesandtschaftlichen und Konsulatsbeamten in China 60 000 Mk.; zum Erwerb von Grundstücken in Peking für die Erweiterung und Sicherung der deutschen Gesandtschaftsanlagen 100 000 Mk.; zur Anbahnung des Dienstgebäudes, des Gartens und der Inventararbeiten in der Dienstwohnung des Reichslegations 224 000 Mk.

### Deutsches Reich.

Salz a. S., 28. Februar.

\* Die noch ausstehende Beratung des Etats des Auswärtigen Amtes im Reichstage wird — wie im Parlament erwartet wird — den Anlaß zu einer umfassenden Förderung unserer gesamten auswärtigen Politik und insbesondere unserer Verhältnisse zu England geben. Der Reichstanzler wird gegenwärtig sein und wird die Gelegenheit — wie bekannt geworden — mit besonderer Genehmigung aufgreifen, um Reiches, was er angesichts der herrschenden Unfriedenszeit auf dem Vorgehen hat zu werden. Es wird also wieder einmal einen großen Tag mit historisch bedeutsamen Darlegungen geben, die für das Ausland nicht weniger Interesse haben werden als für uns.

\* **Deutsche Auslands-Versorgung.** Nachdem der Reichstanzler Graf v. Bülow in der Reichstags-Sitzung vom 21. Januar eine Vorlesung über die Wege für alle Kriegsmittel und Kriegshilfsbedürfnisse aus den bisherigen Vorkäufen für den Krieg und die Kriegshilfsbedürfnisse, die für uns sofort die Ausbeutung eines entsprechenden Gegenstandes wegen höherer Versorgung der Kriegsinvaliden, sowie der Kriegsinvaliden des Reichsheeres, der Kaiserlichen Marine und der Kaiserlichen Schutztruppen veranlaßt worden, welcher nunmehr die vorbereitenden Studien durchlaufen hat und mit Kaiserlicher Ermächtigung dem Bundesrathe gestern zugegangen ist. Es handelt sich dabei etwa um 13 Mill. Mk. fortwährender Ausgaben.

Die Ausgaben fallen jedoch nicht dem Etat zur Last, werden vielmehr aus dem Reichs-Einkommenfonds bestritten. Bekanntlich läuft nebsther noch die Vorbereitung eines anderen Gegenstandes über die Reform des gesamten Militärpensionswesens. Ob dieser in der laufenden Tagung den gelegentlichen Faktoren zugehen wird, ist noch ungewiß.

\* **Das Oberpräsidium Berlin.** Dem Landtage ist ein Gesetzentwurf betreffend die Organisation der allgemeinen Landesverwaltung in den Stadtkreisen Berlin, Charlottenburg, Schöneberg und Hirtshof zugegangen. Der „Berl. Cor.“ zufolge beschäftigt die Vorlage, die Oberpräsidenten von Brandenburg und Berlin zu trennen und die gegenwärtige politische Einheit zwischen Berlin und den genannten drei Vororten auf alle Gebiete der allgemeinen Landesverwaltung zu erweitern durch Bildung eines aus den vier Stadtkreisen bestehenden besonderen Oberpräsidiums Berlin. Diese Zusammenfassung ist durch sachliche Gesichtspunkte, jene Trennung durch die gemaltige Steigerung der Bedürfnisse, sowie den Gegensatz der gesellschaftlichen und der ländlichen Bevölkerung geboten. Übrigens verbleiben die Stadtkreise Charlottenburg, Schöneberg und Hirtshof auch weiterhin im Kommunalverbande der Provinz Brandenburg. Die geplante Reorganisation werde eine (nach manchen Richtungen bedenkliche) Teilung des Regierungsbezirks Potsdam unmöglich machen.

\* **Der Kaiser,** welcher gestern Morgen 7 Uhr 40 Min. in Berlin eintraf, unternahm Vormittags einen Spaziergang im Tiergarten und hatte darauf eine Besprechung mit dem Reichsminister im Auswärtigen Amt. Zur Mittagstafel waren keine Einladungen ergangen. Zur Abendstafel waren, als am Hochzeitsstage des Kaiserpaars, die früheren und jetzigen Umgebungen der Majestäten mit ihren Gemahlinnen geladen. Dem Kaiserpaar folgte zur Wiederkehr ihres Hochzeitstages der General der Infanterie und Generaladjutant von Pflessen die Gemahlin der Fregate der Kaiserlichen Marine, sowie überdies eine mit den schönsten Orchideen, Hibiscus, Waldrosen und Wägen gefüllte festliche Blumenkorde.

\* **Aus Ostasien Friedrichshafen.** Der König von England vermittelte gestern Vormittag um 11 Uhr ab bei der Kaiserin Friedrich und begleitete sie später auf ihrer Spazierfahrt durch den Park. Am der Frühstückstafel nahmen der König, die Kronprinzessin von Griechenland, Prinzessin Friedrich Karl von Hessen und das Gesolge teil. Die Kronprinzessin von Griechenland feiert Freitag nach Athen zurück. Gestern Nachmittag begab sich König Edward in Begleitung der Kronprinzessin von Griechenland nach Falkenstein, um dort die Geländestücke für Zungenleiden zu besuchen. Der König beschloß die ganze Eintracht und sprach dem hindwärtigen Arzte seine Verlobung über das Geschehene aus. — Von verschiedenen Seiten wird berichtet, daß König Edward von England bis zum Sonnabend in Cronberg verweilen wird.

\* **Der Kronprinz** wird nach den diesjährigen Herbstmanövern die Univerſität zu Bonn besuchen, um dort etwa zwei Jahre dem Studium obzuliegen.

\* **Auf Anordnung des Kaisers** ist dem Grafen Regenten von Lippe in der Person des Oberleutnants v. Wollersdorf vom 78. Infanterie-Regiment ein Verdienstausweis verliehen worden. Alle Differenzen zwischen dem Kaiser und dem Grafen-Regenten sind demnach beseitigt zu sein.

\* **Die Budget-Kommission des Reichstages** begann gestern die Beratung des Marineetat. Der Referent Müller führte aus, daß der Etat eine Ueberschreitung von 6 Millionen aufweise. Staatssekretär Tirpitz erwiderte, daß diese Etatsüberschreitung davon herrühre, daß um Arbeiterentlohnungen zu verhüten, eine schnellere Förderung der Neubauten festgehalten hätte. Auf Anfrage des Abg. Friedl (S.) über die auswärtsige Lage erklärte Staatssekretär Tirpitz, daß eine Verstärkung der Auslandsflotte in nächster Zeit notwendig werden würde. Die Beratung wird heute fortgesetzt.

\* **Die Beratung der Weingesehnisse** in der betreffenden Reichstags-Kommission wird nach Erledigung der Verhandlungen über die Schaumweinsteuer am Freitag beginnen. Die Kommissionsmitglieder haben übrigens eine nicht unbedeutliche vorübergehende Arbeit durch Studium der Petitionen zu bewältigen, die zu dem fraglichen Gegenstande in besonderer Fülle eingelaufen sind.

\* **Das Gesetz zur Änderung des Gesetzes über das Postwesen** (Einführung der „Lettor boxes“) ist nun auch dem Reichstage zugegangen. Wir haben daraus schon früher das Notwendige mitgeteilt.

\* **Das Centrum hat im Reichstag zum Etat des Reichs-Militärgeheimnisses eine Resolution eingebracht, in der kritische Mitteilungen über Verhandlungen mit militärischen Beratern verlangt werden.**

\* **Die Ueberfahrt über die Verwendung des Afrikafonds,** die der Denkschrift über die Schutzgebiete beigegeben ist, ergibt, daß im Rechnungsjahr 1899 89 889 Mk. Mehrerlösen entfallen sind, die durch den Stations- und Expeditionsdienst in Togo veranlaßt und außerordentlich vermindert sind. Im Rechnungsjahr 1900 wird eine Ueberschreitung des 200 000 Mk. betragenden Fonds nicht eintreten.

\* **Das Königliche Staatsministerium** trat gestern unter

dem Vorh. des Ministerpräsidenten Grafen v. Bülow zu einer Sitzung zusammen.

\* **In der Budgetkommission des Abgeordnetenhauses** wurde gestern bei der Weiterberatung des Kultusetats die Frage einer besseren Besoldung der Oberlehrer erörtert.

Es lagen verschiedene Vorschläge auf anderer Normierung der Alterszulagen vor. Während die Kultusverwaltung sich die Stellung zu den Anträgen vorbehalt, erklärte sich die Finanzverwaltung gegen die Anträge, weil in denselben ein Eingriff in die geschaffene Besoldungsordnung enthalten sei und daraus Konflikte für andere Beamtenklassen und für die Kommunen folgen. Die Stellung der Oberlehrer sei doch außerordentlich verbessert worden. Es würden Bezüge der Oberlehrerstellung mit der der Richter gegeben und von der Regierung herangezogen, daß der Unterschied zwischen den Richtern und Oberlehrern nur 239 Mk. betrage. Dagegen wurde ausgesprochen, daß eine Vergütung der Beamtenschaft der Lehrer mit denen anderer Beamtenklassen, namentlich der Richter, nicht berechtigt und nicht zu billigen sei. Zu dem Umstand, daß die Oberlehrer nicht noch besser gestellt seien, als es der Fall sei, dürfe nicht die Ursache eines behaupteten Vermögensrückgangs gefunden werden. Die Ursache liege vielmehr in der geringeren Wohlhabenheit der Bevölkerung, der besseren Stellung der Beamten, wodurch es ermöglicht werde, den Gehältern ein neues Subsidium zu gewähren, und ferner in dem Eintritt in die Beurlaubung. Zur einstimmigen Annahme gelangten folgende beiden Anträge: 1. Durch anderweitige Berechnung der Alterszulagen die Erreichung des 50. Lebensalters nach 21 Jahren zu fördern, 2. daß die Oberlehrer den Beamten der Beurlaubung, die aus dem Staatsdienst zurücktreten, die pensionsfähige Zulage zu derselben Zeit erhalten wie die Oberlehrer der vom Staate unterhaltenen Anstalten. Der dritte Nachtrag zum Normaletat vom 4. Mai 1892 wurde genehmigt. Sodann wurden die Anträge ad 1 und 2 einstimmig angenommen, die anderen beiden Anträge mit 13 gegen 8 Stimmen und 17 gegen 8 Stimmen abgelehnt.

\* **Die Unterrichts-Kommission des Abgeordnetenhauses** hat vorgeschlagen, ein Gesetz des evangelischen Bistums der Provinz Pommern um Regelung der Schulunterhaltung der Regierung als Material zu übermitteln, ebenso ein Gesetz wegen des Religionsunterrichts der Disidenten in den Provinzen Pommern, die aus dem Staatsdienst zurücktreten, die pensionsfähige Zulage zu derselben Zeit erhalten wie die Oberlehrer der vom Staate unterhaltenen Anstalten. Der dritte Nachtrag zum Normaletat vom 4. Mai 1892 wurde genehmigt. Sodann wurden die Anträge ad 1 und 2 einstimmig angenommen, die anderen beiden Anträge mit 13 gegen 8 Stimmen und 17 gegen 8 Stimmen abgelehnt.

\* **Im Handelsministerium** sind gegenwärtig Anträge in Sachen der Waarensteuer unter Einwirkung von Vertretern der verschiedenen Kaufmanns- und gewerblichen Vereine etc. Es handelt sich besonders um die Erhebung einer beim Ministerium eingelaufenen Anfrage großer Firmen, in denen um Aufhebung darüber erkaufte, welche Mittel die einzelnen großen Geschäfte zum April aufgeben müssen, um nicht unter das Waarensteuergesetz zu fallen.

\* **Der zwischen Preußen und Bayern** wegen der Main-Kanalisation abgelaufene Staatsvertrag wird ausschließlich dem Preussischen wie dem Bayerischen Landtage in der nächsten Zeit unterbreitet werden.

### Deutscher Reichstag.

67. Sitzung vom 27. Februar, 11 Uhr.

Am Bundesratssitzung: Kriegsminister v. Cöster.

Die Beratung des Militär-Etats, Besoldungsetats Kriegsminister v. Cöster.

Abg. Amner (Sozialdem.): Herr Bülow hat gestern gemeint, wenn der Kaiser richtig beraten wäre, so würde er gegen den Druck von entscheidender einwirken. Das glaube ich nicht. Der Kaiser ist über die Sachlage gewiß ganz genau orientiert. Herr Tirpitz hat sich gestern Neugierungen erlaubt, die kein Spionager aus Italien machen würde.

Präsident Graf Kallstrem: Herr Abgeordneter, eine solche Neugierung über einen Kollegen ist unzulässig, sie entspricht nicht der Ordnung des Hauses.

Abg. Amner (fortfahrend): Herr Tirpitz ist für uns eine quantitas negligible.

Präsident Graf Kallstrem (mit erhabener Stimme): Herr Abgeordneter, auch diese Neugierung vertritt sich nicht mit der Ordnung des Hauses. Und da Sie eine derartige Neugierung schon zum zweiten Male thun, so will ich Sie zur Ordnung.

Abg. Amner (fortfahrend): Es kann nicht geben, daß die Mißhandlungen in der Arme abgenommen hätten, sie hätten vielmehr zugenommen, und in der Regel ist die Abnahme eine ganz ungenügende. Es herrsche ein Verfallungsstadium, Todeserkrankung wird gemocht bei Sommerdiele. Alle Erlasse gegen solche Todeserkrankungen hätten nur politische Bedeutung.

Abg. Amner (fortfahrend): Die Mißhandlungen in der Arme haben nicht, sondern abgenommen. Im Jahre 1890 betragen sie 1.10 Proz., im Jahre 1899 nur 0.63 Proz. (Aufs recht: hört, hört.) Das kann unmöglich auf alle einzelnen Fälle hier eingehen; in einigen wohl ist aber zufällig, daß einige Ertraten den Mißhandlungen folgen. Die Mißhandlungen vornehmen, werden sie mit aller Strenge geahndet, die Unterdrückung ist nicht eine einseitige. Da muß es zurückgehen, daß der erschlossene Mittelmeer v. Knoll ein „Geistesfehler“ war. Die neue Militärreformentscheidung entspricht sowohl den militärischen wie juristischen Ansprüchen; sie wird von allen Beamtungen mit Eifer und Emsigkeit ausgeübt. Die Besoldungen des Reichsheeres sind durchaus ungenügend.

Abg. Amner (D. J. J. J.): bezieht ebenfalls, daß es mit den Mißhandlungen so schlimm steht, wie Amner es darlegt. Das in einer großen Arme immer etwas vorzukommen werde, ist begrifflich. Die Stelle in der Arme keine unter allen Umständen unvermeidlich. Aber werden können auch in Folge der Abwehr des Reichsheeres abgenommen. Amner muß er ferner, daß nach der letzten vom Generalmajor v. Cösteren gegebenen Statistik die meisten Einflüsse von Getreide bei den Produzenten in freierlicher Weise





